

## **„Reichsexekution 1923“ (Sachsen und Thüringen)**

Seit ihrer Gründung sah sich die Weimarer Republik ständig Angriffen von „Rechts“ und „Links“ ausgesetzt, gegen welche sie sich zu verteidigen hatte. Diese Verteidigung erfolgte jedoch unter zweierlei Maß. So hatte man kein Problem damit revolutionierende Arbeiter mithilfe der Reichswehr zu zerschlagen, war jedoch bei rechten Putschversuchen scheinbar machtlos.

Der Zenit der politischen Krise wurde im Jahr 1923 erreicht. So verkündete die bayrische Landesregierung am 26. September 1923 den Ausnahmezustand.

Ein Triumvirat unter Gustav Ritter von Kahr, einem Monarchisten, bildete sich. Berlin reagierte darauf ebenfalls mit dem militärischen Ausnahmezustand für das ganze Reich.

Gleichzeitig sah sich die KPD durch die krisenhafte Zuspitzung ermutigt, als Antwort auf die rechte Bedrohung, analog der russischen Revolution, einen "Deutschen Oktober" vorzubereiten, um die Räterepublik doch noch zu verwirklichen. Dieser Plan wurde jedoch nach kurzer Zeit aufgrund mangelnder Unterstützung wieder fallen gelassen. Lediglich in Hamburg kam es am 23. Oktober zu einem kommunistischen Umsturzversuch, welcher scheiterte. Zuvor hatten sich aber nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen jeweils eine Koalitionsregierung aus SPD und KPD gebildet.

Um sich gegen das, für einen „Marsch auf Berlin“, mobilisierende Bayern verteidigen zu können, kam es zur Aufstellung sogenannter proletarischer Hundertschaften, also zur Bewaffnung der Arbeiter. Dies verstieß gegen die Entwaffnungsvorschrift des Versailler Vertrages.

Da die sogenannten „Einheitsfront“-Regierungen bei der Reichsregierung unter Gustav Stresemann (DVP) und bei Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) auf starke Ablehnung stießen, diente das als Begründung, um einen Einmarsch der Reichswehr zuerst nach Sachsen, dann nach Thüringen, zu rechtfertigen. Der Vormarsch der Armee fand ohne förmlichen Beschluss der Reichsregierung statt. Nach der Weigerung des Ministerpräsidenten von Sachsens, Erich Zeigner (SPD), eine Regierung ohne Kommunisten zu bilden, kam es schließlich am 29. Oktober zu einer förmlichen Reichsexekution. In Thüringen folgte diese am 06. November. In Wahrheit stellten die als „Reichsexekution“ getarnten Aktionen jedoch einen Staatsstreich von oben dar, mit dem Ziel, eine unliebsame Regierung zu beenden. Die rechte Diktatur in Bayern blieb jedoch verschont. Aus Empörung über diese Ungleichbehandlung zog die SPD ihre Minister aus dem Kabinett Stresemann zurück. Am 23. November verlor der Kanzler die Vertrauensfrage im Reichstag und musste zurücktreten. Neuer Kanzler wurde Wilhelm Marx, dessen Regierung Stresemann als Außenminister angehörte.

Bei den Reichstagswahlen von Mai 1924 ist festzustellen, dass die Gegner der Republik an Stimmen gewinnen konnten, die Befürworter jedoch leicht verloren. Besonders stark steigt die KPD, von ehemals knapp 2 Prozent auf über 13 Prozent. Grund dafür wird zum einen die Fusion mit der USPD sein. Die KPD wird jedoch auch Zuspruch durch verärgerte Sozialdemokraten bekommen haben, welche die „Einheitsfront“-Regierungen in Thüringen und Sachsen unterstützt hatten. Einen Sprung aus dem Stand konnte die NSDAP vorweisen. Sie kam auf Anhieb auf etwa 7 Prozent bei ihrer ersten Wahlteilnahme.

Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass diese Partei im rechtskonservativen Bayern, bis zum Hitler-Ludendorff-Putsch, ungehindert ihre Ideologie ausleben und frei operieren durfte.